

Auszug aus Albrecht Müller: Die Reformlüge. München 2004

**B. Drei Mythen,
die demographische Frage betreffend**

Angenommen, Sie wären Prozessbeobachter bei einem Strafverfahren und würden erleben, wie die Richter systematisch jedes Faktum, das den Angeklagten entlasten könnte, beiseite schieben. Sie hätten sicher den Eindruck, dass da etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Eigentlich gibt es nur drei Möglichkeiten: Entweder sind die Richter nicht ganz bei Trost, oder sie sind dem Einfluss der Staatsanwaltschaft erlegen oder einfach gekauft.

Das ist ziemlich genau die Situation in der Debatte über das demographische Problem, die darum kreist, ob wir in gefährlicher Weise zu wenige werden, ob wir zu wenige Kinder haben, und in der es vor allem um die Frage geht, ob die Rentner auf Kosten der heranwachsenden Generation leben. Alles, was den angeblichen Generationenkonflikt entschärft und entlastet, wird unter den Tisch gekehrt. Die über dieses Problem urteilenden »Richter« unter unseren Meinungsführern lassen die entlastenden Fakten einfach unter den Tisch fallen. Ohne sie zur Kenntnis zu nehmen, redet und urteilt man so weiter, als gäbe es die Fakten gar nicht.

Fragen wir doch einmal nach: Haben wir wirklich ein dramatisches demographisches Problem, das Anlass bietet für die laufenden Strukturreformen? Trägt der Generationenvertrag wirklich nicht mehr, und lässt sich dieses Problem, wenn es denn besteht, mit der vollständigen oder teilweisen Umstellung der Altersvorsorge auf Privatvorsorge lösen?

Das Thema ist sehr emotional besetzt. Wer die gängige Angst vor dem Wenigerwerden oder dem Älterwerden unseres Volkes dämpft oder gar relativiert, muss mit emotionalem Widerstand rechnen; schlimmstenfalls wird er sogar als Kinder- und Familienfeind apostrophiert. Das bin ich nicht. In der Sprache gesagt, die heute üblich ist: Ich habe für meine Rente mit ausreichend Kindern persönlich vorgesorgt.

Dieser letzte Satz ist falsch. Warum, wird in den folgenden Kapiteln erläutert.

Denkfehler 5:

Denkfehler 5:

»Wir werden immer weniger!«

Variationen zum Thema:

- »Der letzte Deutsche.« *Spiegel*-Titel vom 5.1.2004
- »Wir sterben aus.«
- »Raum ohne Volk.«
- »Die Geburtenrate ist viel zu niedrig.«

Die Deutschen, vor allem ihre Eliten, sind in heller Aufregung. Keine Analyse der Lage des Landes und seiner Zukunft kommt ohne den Hinweis aus: »Wir haben ein großes demographisches Problem. Mit unseren jetzigen Strukturen können wir es nicht bewältigen. Wir müssen den Sozialstaat der demographischen Entwicklung anpassen. Die junge Generation wird sonst überfordert.«

Über die große Bedeutung des Themas gibt es zwischen den Parteien des Deutschen Bundestages keinen Streit. Sie alle halten die »Demographie« für eine zentrale Herausforderung der Gegenwart, und sie werden in dieser Einschätzung von Publizistik und Wissenschaft angefeuert. Ganze Heerscharen von Politikern und Wissenschaftlern haben sich in den letzten Jahren mit der demographischen Entwicklung beschäftigt. Die Vorstellung, hier lauere eine der großen Herausforderungen unseres Volkes, war Ausgangspunkt und Begleitelement von Kommissionen, die sich als wichtig empfunden haben und die auch von der Öffentlichkeit als wichtig empfunden worden sind: die Enquete-Kommission »Demographischer Wandel«, die Süßmuth-Kommission zur Zuwanderung, die Rürup-Kommission, die Herzog-Kommission und so weiter. Dutzende von Gutachten sind dem Thema gewidmet. Die Sozialdemokratie, wie immer in ihrer hundertvierzigjährigen Geschichte zu einem Sonderopfer bereit, nimmt in Gestalt ihres Vorsitzenden Franz Müntefering auch gleich noch die Verantwortung für die angeblich zu späte Erkenntnis des Problems auf ihre schmaler werdenden Schultern: »Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demographie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.«

Zwei Probleme werden im wesentlichen gesehen und zu einer der ganz wesentlichen

Begründungen für die Reformnotwendigkeit und bestimmte Reformprojekte herangezogen:

- die sogenannte Überalterung, in besonderer Übertreibung »Vergreisung« genannt,
- und die Tatsache, dass im Jahr 2050 hierzulande vermutlich weniger Menschen wohnen werden; in Übertreibung wird vom »sterbenden Volk« oder noch übertreibender vom »Raum ohne Volk« (so der *Spiegel*) gesprochen.

Als ursächlich für beides wird die niedrige, die »zu geringe« Geburtenrate diagnostiziert. Schon an dieser Begriffswahl – und übrigens auch an anderen Begriffen wie »Nettoreproduktionsrate« und »Alterslast«, die von den Demographen und den sie zitierenden Politikern und Publizisten so gerne gebraucht werden – sieht man, wie sich die Zeiten in Deutschland geändert haben. Noch in den siebziger Jahren, als schon einmal eine Debatte ums »sterbende Volk« inszeniert wurde, hat sich als unaufgeklärt bis völkisch denkend diskreditiert, wer diese Begriffe gebrauchte.

Wie »dramatisch« ist die Entwicklung der deutschen Bevölkerung?

Die mittlere Variante der Prognose des Statistischen Bundesamts – veröffentlicht am 6.6.2003 – sieht für 2050 einen Rückgang der Bevölkerung Deutschlands von heute rund 82,5 auf dann gut 75 Millionen vor. Dieser mäßige Rückgang um nicht einmal 10 Prozent innerhalb von fast fünfzig Jahren wird als eine dramatische Entwicklung und als Symptom des »Sterbens« betrachtet. Tabelle 3 zeigt, wie diese Zahl einzuordnen ist.

Tabelle 3: Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Deutschland

| Jahr | Gesamtbevölkerung |
|-------------|--|
| 2003 | 82,5 Mio. Ist-Bestand Gesamtdeutschland |
| 2050 | 75,0 Mio. mittlere Variante der Prognose |
| 1950 | 68,7 Mio. Ist-Bestand West- und Ost-Deutschland |
| 1950 | 50,8 Mio. Bundesgebiet vor der Wiedervereinigung |
| 1939 | 43,0 Mio. dito |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden 2003.

Im »dramatischen« Jahr 2050 liegt die Bevölkerungszahl nach der mittleren Prognose mit 75 Millionen Menschen demnach weit höher als 1950 mit knapp 69 Millionen. Warum sollte uns das aufregen? Damals, 1950, war es nicht leer in Deutschland. Und 1939, als die Bevölkerungszahl im Gebiet der späteren Bundesrepublik (West) mit 43 Millionen noch niedriger war als 1950 mit 50,8 Millionen, sprachen Hitler und seine Helfer vom »Volk ohne Raum« und überzogen Europa mit einem furchtbaren Krieg. Heute spricht der *Spiegel*⁶⁰ im

Hinblick auf die kommenden Jahre vom »Raum ohne Volk« – dieselbe Übertreibung, bloß andersherum.

Diese wenigen Ziffern zeigen schon, wie bodenlos verrückt die Debatte verläuft. »Raum ohne Volk« und »Der letzte Deutsche« – diese Parolen grenzen an Volksverdummung. Es gibt übrigens ein echtes demographisches Problem, das der politischen Fürsorge bedürfte: die Wanderungsbewegung der jungen und arbeitsfähigen Generation von Ost- nach Westdeutschland.

Auch ein Vergleich der Bevölkerungsdichte mit anderen Staaten zeigt, dass die Aufregung rational nicht zu begreifen ist (siehe Tabelle 4). »Raum ohne Volk« – diese Behauptung ist ohne jede Grundlage, wenn man die Bevölkerungsdichte von Deutschland (231 Einwohner pro km²) mit jener in Frankreich (111), den USA (31), Spanien (81) und so weiter vergleicht. Wir leiden als Land insgesamt wirklich nicht unter »Ausdünnung«, und dies ist auch für die nächsten fünfzig Jahre nicht zu erwarten.

Tabelle 4: Die Bevölkerungsdichte in verschiedenen Ländern

| | Einwohner pro km² im Jahre 2003 |
|------------------------------|---|
| Niederlande | 477 |
| Großbritannien | 243 |
| Deutschland | 231 |
| Italien | 191 |
| Tschechische Republik | 130 |
| Dänemark | 124 |
| Polen | 123 |
| Frankreich | 111 |
| Österreich | 97 |
| Spanien | 81 |
| USA | 31 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch 2003 für das Ausland*, Wiesbaden 2003, S. 174 ff.

Unter Umständen täte es unserem Zusammenleben, der Lebens- und Wohnqualität und der seelischen Befindlichkeit sogar gut, wenn Deutschland etwas weniger dicht besiedelt wäre. In vielerlei Hinsicht wäre eine solche Entwicklung möglicherweise eine Entlastung. Aber das darf man in Deutschland auf keinen Fall öffentlich sagen, denn die Grundstimmung der Meinungsführer ist auf »mehr« getrimmt.

Die Entwicklung ist kaum vorherzusehen

Verlässliche Prognosen zur Entwicklung der Bevölkerungszahl über einen Zeitraum von fünfzig Jahren zu machen ist seriös nicht möglich. Das war schon in der Vergangenheit so: Die Prognosen haben fast nie gestimmt. Die letzten neun Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung durch das Statistische Bundesamt hielten im Schnitt gerade mal vier Jahre. So prognostizierte das Statistische Bundesamt mit seiner siebten Vorausberechnung, die Bundesrepublik Deutschland werde im Jahr 2030 69,9 Millionen Einwohner haben. Gerade mal zwei Jahre später lag die Vorausberechnung je nach Variante der Annahmen um 3,8 bis 11,2 Millionen höher.³¹

So schnell ändern sich die Prognosen, wenn sich die Annahmen ändern. Darauf weisen die Fachleute des Statistischen Bundesamts auch hin. Hätten sie 1950 eine solche Prognose für das Jahr 2000 gewagt, dann hätten sie sich total verschätzt – sie hätten weder den Pillenknick noch den Zuzug von 2,5 Millionen Aussiedlern und auch nicht die Anwerbung von Gastarbeitern in Millionenhöhe vorhergesagt.

Die Annahmen, auf denen die Prognosen beruhen, können sich innerhalb von fünfzig Jahren gravierend ändern. In der Prognose des Statistischen Bundesamts für 2050 sind unter anderem Annahmen über die *Geburtenrate* enthalten. Dabei gehen die amtlichen Rechner von einer Rate von 1,4 Kindern aus. Mit einer familien- und kinderfreundlichen Politik, die Eltern ermöglicht, Beruf und Familie besser miteinander in Einklang zu bringen, könnte die Geburtenrate jedoch beeinflusst werden. So ist diese Rate in Frankreich innerhalb von sieben Jahren von 1,65 auf 1,88 gestiegen. Warum sollte sie bei uns bei 1,4 verharren? Die Geburtenrate wird entscheidend von den Berufsperspektiven junger Leute und junger Ehepaare beeinflusst. Wenn sie ihr gemeinsames Leben auf befristete Arbeitsverträge von Jahreslänge gründen sollen, wie es heute häufig der Fall ist, dann wagen es diese Menschen verständlicherweise nicht, Kinder in die Welt zu setzen. Wenn unsere Gesellschaft und die Politik und vor allem die maßgeblichen Meinungsführer zur Vernunft kämen und wieder den sicheren Arbeitsplatz und das gesicherte Normalarbeitsverhältnis propagieren würden, statt auf die vermeintlich moderne totale Flexibilität zu setzen, würden auch wieder mehr junge Paare den Mut fassen, ein, zwei, drei oder sogar mehr Kinder zu bekommen. Vielleicht tritt diese Vernunft bei den tonangebenden Kreisen innerhalb der nächsten fünfzig Jahre ein. Ich hoffe, es dauert nicht so lange. Dann wird sich die Geburtenrate verändern, und die Prognose, die heute so viel Panik auslöst, löst sich morgen schon in Luft auf.

Auf der Basis der Annahme, dass die Geburtenrate von derzeit 1,4 Kindern während der nächsten fünfzig Jahre unverändert bleiben wird, macht die politische Klasse heute die Bürger verrückt und stülpt unsere sozialen Sicherungssysteme so lange um, bis sie sie ruiniert haben dürfte. Das ist ein Skandal!

Anfang 2004 erschien der *Spiegel* mit dem Titel: »Der letzte Deutsche – Auf dem Weg zur

Greisen-Republik.« – »Die Bundesrepublik rangiert mit ihrer Geburtenrate unter 190 Staaten auf Platz 185«, so heißt es im Einstiegstext. Schaut man sich jedoch die internationalen Daten genauer an, dann findet man: beim Vergleich der Geburtenanzahl pro Frau liegen siebzehn Staaten noch unter dem Wert für Deutschland (2001: 1,4)³² – so gängig sind Irrleitungen in Medien heute –, und vierzehn Staaten liegen im Umfeld des Wertes von Deutschland.³³ Nun ist auch Platz 170, den sich Deutschland mit anderen Ländern teilt, ziemlich weit hinten – die vorderen Plätze sind belegt von Ländern wie Angola, Ruanda, Kongo, Saudi-Arabien, Niger. Es fehlt jedoch dem 170. Platz die totale Dramatik, die die Einordnung im *Spiegel* suggeriert. Wollen wir die Kinderhäufigkeit des Kongo? Oder die von Saudi-Arabien?

Die Position Deutschlands vermag man noch besser einzuordnen, wenn man sich die Länder Europas anschaut, die eine geringere Geburtenziffer haben als Deutschland, die also in der vom *Spiegel* für so wichtig gehaltenen Rangordnung hinter Deutschland liegen. Das sind neben Spanien vor allem ost- und mittelosteuropäische Länder wie Russland, Weißrussland, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Ukraine – auch das katholische Polen liegt hinter Deutschland und hat mit 1,3 eine sehr niedrige Geburtenziffer,³⁴ wie übrigens auch die neuen Bundesländer.

Dem Phänomen der Entwicklung in den neuen Bundesländern nachzugehen lohnt sich. Offenbar gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Geburtenziffer, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, unsicheren Arbeitsplätzen und Ungewissheit der sozialen Sicherungssysteme. Diese Erkenntnis hätte schlecht zum neoliberalen Reformeifer des *Spiegel* und seiner Nachbeter gepasst.

In Tabelle 5 sind die Geburtenziffern im Zeitablauf für alte und neue Bundesländer getrennt ausgewiesen. An diesen Zeitreihen kann man interessante Beobachtungen machen:

- Noch 1990 lag die Geburtenziffer mit 1,52 in der damaligen DDR/den neuen Bundesländern höher als in den alten Bundesländern.
- Sie sackte bis 1993 und 1994 auf 0,77 ab – eine Entwicklung, die zur Beurteilung und Bewertung von Helmut Kohls Politik für blühende Landschaften höchst selten einbezogen wird. Die Geburtenrate in den neuen Bundesländern erholte sich dann bis heute langsam auf rund 1,21.
- Dieser Wert liegt immer noch unter dem Westwert. Liegt das an mangelnder Zukunftszuversicht? Und/oder am vereinigungsbedingten Zusammenstreichen der Betreuungsplätze für Kinder und damit der Chancen für Frauen, ihre Kinder unterzubringen, wenn sie arbeiten wollen?
- Zwischen 1965 und 1975 ging im Westen die Geburtenziffer von 2,51 auf 1,45 zurück – das ist der sogenannte Pillenknick.

- Bis 1980/81 hielt sie sich ungefähr auf diesem Niveau, sackte dann aber 1985 auf 1,28 ab. Warum wohl? Eine mögliche Interpretation: Das war das Ergebnis steigender Arbeitslosigkeit und zugleich die Begleiterscheinung des Starts in Kohls und Lambsdorffs neoliberales Zeitalter, in dem Devisen gelten wie »Freie Fahrt für freie Bürger«, »Jeder ist seines Glückes Schmied«, »Leistung muss sich wieder lohnen« – und in dem das Kindergeld zum Teil durch die ungerechteren Steuerfreibeträge ersetzt wurde. Neoliberale sind Kinderfeinde, weil sie alle Bereiche des Lebens kommerzialisieren; das konnte man damals schon lernen.

*Tabelle 5: Entwicklung der Geburtenziffer in Deutschland
(Geburt pro Frau zwischen 15 und 50 Jahren)*

| | Alte Bundesländer | Neue Bundesländer |
|-------------|--------------------------|--------------------------|
| 1950 | 2,10 | |
| 1955 | 2,11 | |
| 1960 | 2,37 | |
| 1965 | 2,51 | |
| 1970 | 2,02 | |
| 1975 | 1,45 | |
| 1980 | 1,44 | |
| 1981 | 1,44 | |
| 1982 | 1,41 | |
| 1983 | 1,33 | |
| 1984 | 1,29 | |
| 1985 | 1,28 | |
| 1986 | 1,35 | |
| 1987 | 1,37 | |
| 1988 | 1,41 | |
| 1989 | 1,40 | |
| 1990 | 1,45 | 1,52 |
| 1991 | 1,42 | 0,98 |
| 1992 | 1,40 | 0,83 |
| 1993 | 1,39 | 0,77 |
| 1994 | 1,35 | 0,77 |
| 1995 | 1,34 | 0,84 |

| | Alte Bundesländer | Neue Bundesländer |
|-------------|--------------------------|--------------------------|
| 1996 | 1,40 | 0,95 |
| 1997 | 1,44 | 1,04 |
| 1998 | 1,41 | 1,09 |
| 1999 | 1,41 | 1,15 |
| 2000 | 1,41 | 1,21 |

Quelle: Statistisches Bundesamt. Eigene Berechnungen auf zwei Stellen hinter dem Komma.

Für die letzten Jahre wird die Geburtenziffer nur noch für Deutschland insgesamt ausgewiesen. Sie lag 2001 bei 1,35 und 2002 bei 1,34.

Die Veränderungen der Geburtenrate in diesem vergleichsweise kurzen Zeitraum von 1960 bis heute machen überdeutlich, dass die Geburtenrate keine fixe Größe ist. Offenbar haben die schon erwähnten Faktoren – wirtschaftliche Lage, Zukunftsperspektive, Vereinbarkeit von Familie und Beruf – einen beachtlichen Einfluss. Jedenfalls kann man von heute aus nicht sagen, wie die Geburtenrate in zwanzig Jahren aussehen wird. Man könnte aber wissen, was zu tun wäre. Wenn man wirklich so sehr um die künftige Bevölkerungsentwicklung besorgt wäre, könnte man leicht gegensteuern. Doch statt dessen reduzieren die Gemeinden das Angebot für Familien und die für die Versorgung von Kindern notwendigen öffentlichen Leistungen weiter. Die Konjunktur lässt man schon seit über zwei Jahrzehnten schleifen – ein Faktor, der mit Sicherheit die Geburtenrate drückt, wie man an der Entwicklung dieser Kennziffer während der konjunkturell besonders schwachen Phasen sehen kann.

Zuwanderungszahl ungewiss

Die Prognostiker der Bevölkerungsentwicklung haben auch eine bestimmte Zuwanderungszahl unterstellt: 200 000 pro Jahr. Diese Zahl muss aber ja nun nicht fünfzig Jahre lang konstant bleiben. Schauen wir nur einmal nicht fünfzig Jahre nach vorn, sondern fünfzig Jahre zurück: Was ist nicht alles seit 1950 passiert?! Da gab es riesige Umwälzungen: Flüchtlingswanderungen, Gastarbeiterwanderungen und so weiter. Es ist sehr wahrscheinlich, dass mit der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union mehr Menschen als die unterstellten 200 000 nach Deutschland kommen. Wenn man solche Prognosen politisch verwertet, muss man doch einigermaßen realistisch vorgehen. Mit der Bevölkerungsprognose, die die Basis aller Aufregung ist, ist das jedoch nicht geschehen.

»50-Jahres-Prognosen sind moderne Kaffeesatzleserei«, meint der Mathematiker Gerd Bosbach. Dass die Prognose für das Jahr 2050 ausgesprochen unsicher ist, haben die Mitarbeiter des Statistischen Bundesamts durchaus gesehen und auch öffentlich kundgetan. In der Presseerklärung zur Veröffentlichung ihrer Berechnung am 6. Juli 2003 steht, dass

solche langfristigen Berechnungen Modellcharakter haben, dass sie also auf der Basis von Annahmen modellhaft berechnet worden sind und dass sich diese Annahmen ändern können. So sehen es die Fachleute. Aber der vom Bundesministerium des Inneren zum Statistischen Bundesamt abgeordnete Präsident Johann Hahlen vergisst dies alles und erklärt die Prognosen für Zahl und Alterung als »vorgegeben und unausweichlich«. Dies allein ist schon ein unglaublicher Vorgang, aber er passt zu der Absicht, über die angeblich unvermeidbare demographische Herausforderung den Charakter unseres sozialstaatlichen Systems zu verändern.

Ähnlich wie Johann Hahlen macht es Frank Schirrmacher, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Autor eines Buches,³⁵ das die Angst vor dem Wenigerwerden schürt und (dennoch) in bürgerlichen Kreisen Furore macht. Er schreibt: »Vorausgesetzt, es gibt keinen Krieg, sind die Weichen für die nächsten 50 Jahre unumkehrbar gestellt. Die deutsche Bevölkerung wird bis 2050 um ca. zwölf, womöglich um 17 Millionen³⁶ Menschen abnehmen. (...) Die Bevölkerung in Deutschland verringert sich in folgenden Schritten: Sie sinkt bis 2030 von jetzt 82 Millionen auf dann 76,7 Millionen, bis 2050 auf 67 Millionen.« Schirrmacher missachtet die Warnungen des Statistischen Bundesamts und behauptet wahrheitswidrig, die Weichen seien »unumkehrbar gestellt«. Um die gewünschte Dramatik zu erreichen, wählt Schirrmacher aus neun Varianten des Statistischen Bundesamts die Variante 1 mit den ungünstigsten Annahmen über Zuwanderung, Lebenserwartung und so weiter aus und kommt so auf einen Absturz von 82 Millionen auf 67 Millionen im Jahr 2050. Hätte Schirrmacher die mittlere Variante des Statistischen Bundesamts übernommen, was naheliegend wäre, dann wäre die Dramatik weg. Dann fiel die Bevölkerungszahl von heute 82 Millionen auf 75,1 in 2050. Die neunte Variante dieser Modellrechnungen sieht uns übrigens bei 81,3 Millionen, also auf dem Niveau von heute. Sie ist ähnlich (un)wahrscheinlich wie die von Schirrmacher ausgewählte.

Verzerrte Wahrnehmung

Wie ist es möglich, dass so offenkundig irrationale Thesen die öffentliche Diskussion beherrschen, ohne größeren Widerspruch zu provozieren? Anders gefragt: Wieso war es in den siebziger Jahren möglich, die Parole vom »sterbenden Volk« als völkische Parole ins Leere laufen zu lassen, während sie jetzt die Szene beherrscht?

Jede Gruppe, jedes Volk hat eine fast schon archaische Angst davor, weniger zu werden. Das ist nichts spezifisch Deutsches, in Frankreich sind diese Gefühle noch stärker. Dennoch müsste eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Gefühlen und der darauf gründenden Agitation stattfinden. Das ist aber nicht der Fall. Selbst das gebildete Bürgertum erhebt nicht seine Stimme gegen Parolen wie »Der letzte Deutsche« oder »Raum ohne Volk«. Im Gegenteil, die ehemals kritischen Blätter und viele Intellektuelle haben die Sorge vor dem Wenigerwerden noch verstärkt. So erstaunlich das ist, es ist – zumindest für einen größeren

Kreis von Personen und Akteuren – verständlich.

In den letzten Jahren war das sogenannte demographische Problem mit der Zuwanderungsfrage verknüpft. Viele Personen und politische Gruppierungen, die sich für Toleranz und die Offenheit unseres Landes engagieren, sahen in der These, die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland nähmen in der Zukunft bedrohlich ab, ein Vehikel dafür, Zuwanderung nach Deutschland auch in breiteren Schichten akzeptabel zu machen. Deshalb haben viele von ihnen die gleichen Sorgen thematisiert, die bis dahin eher rechts orientierte Kreise bewegten.

Wer die These vom schrumpfenden Volk zur Begründung der Zuwanderung benutzt, übersieht leicht, dass zur Zeit ein Erwerbspersonenpotential in Millionenhöhe brachliegt: Über vier Millionen Menschen sind arbeitslos gemeldet. Übersehen wird dabei auch, dass die Forderung nach Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen von manchen Kreisen unterstützt wird, um aus einer Reservearmee von Arbeitslosen nach Belieben gering entlohnte Arbeitnehmer rekrutieren zu können. Darunter leiden vor allem die sozialen Sicherungssysteme, die den Überschuss des Arbeitskräfteangebots alimentieren müssen.

Denkfehler 6:

»Wir werden immer älter.

Der Generationenvertrag trägt nicht mehr.«

Variationen zum Thema:

- »Wir vergreisen.«
- »Immer mehr Rentner müssen von *einem* Arbeitenden versorgt werden.«

Alle Blätter und Fernsehsender, alle Politiker und Wissenschaftler senden die gleiche Botschaft aus: Der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Die Deutschen vergreisen. Angesichts dieses Trommelfeuers ist es nicht verwunderlich, dass vermutlich eine große Mehrheit der Menschen diese Botschaften glaubt. Wie soll man bei einem so komplizierten Themenfeld einer unisono vorgetragenen Meinung auch widersprechen? Ich will es trotzdem versuchen.

Wie dramatisch ist die Verschiebung der Altersentwicklung?

Macht es Sinn, von Überalterung oder gar von Vergreisung zu sprechen? Wir haben auch in der Vergangenheit Alterungsprozesse erlebt, ohne dass das Land darunter zu leiden hatte: 1950 betrug der Anteil der unter Zwanzigjährigen 30,5 Prozent der gesamten Bevölkerung. 1995 stellte diese Altersgruppe nur noch 21,6 Prozent. In diesen 45 Jahren hat also eine dramatische »Vergreisung« stattgefunden. Hat das jemand gemerkt?

Tabelle 6: Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung Deutschlands

| Jahr | Altersdurchschnitt |
|-------------|---------------------------|
| 1950 | 35,4 |
| 2000 | 40,1 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch 2003 für das Ausland*, Wiesbaden 2003, S. 184.

Tabelle 6 zeigt eine beachtliche Veränderung des Altersdurchschnitts der deutschen Gesamtbevölkerung zwischen 1950 und 2000, allerdings keine dramatische. Im weiteren Verlauf wird der Altersdurchschnitt weiter ansteigen, allerdings ist dieser Anstieg auch von der Entwicklung der Geburtenrate und der Höhe der Zuwanderung abhängig, und deren Entwicklung ist offen (siehe Denkfehler Nr. 5, S. 104).

Abbildung 3: Auf eine Person mit einem Alter von über 65 Jahren kamen ... 15- bis 65-jährige

Quelle: verdi (Hrsg.): *Mythos Demographie* (2003). Die Werte für 2010 und 2020 sind Prognosen.

Das Zahlenverhältnis von älterer zu mittlerer Generation hat sich im Zeitablauf sehr verändert. Wie die Relation der alten zur mittleren Generation ist, darüber gibt Abbildung 3 Auskunft. Unser Land erlebte demnach einen ständigen Alterungsprozess mit besonderer Talfahrt bis 1960. Im Jahr 1900 kamen auf einen alten Menschen 12,4 Personen mittleren Alters. Im Jahr 1960 waren es weniger als die Hälfte: nur noch 5,8. Eine dramatische Entwicklung. Hat sich damals jemand aufgeregt? Und ist die neueste Entwicklung angesichts dieser Geschichte wirklich so einschneidend?

»Ein zweites Megathema ist die dramatische Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft.« *Horst Köhler, FAZ-Interview, 12.5.2004*

Die Erhöhung des Altersdurchschnitts der Bevölkerung ist doch kein Grund, über den Charakter dieser dann etwas älteren Gesellschaft zu jammern. Wir haben Städte und Gemeinden in Deutschland, die schon seit Generationen durch einen höheren Anteil von älteren Menschen gekennzeichnet sind – Bad Godesberg zum Beispiel, München-Solln im Vergleich zu München-Hasenberg oder Berlin-Wilmersdorf im Vergleich zu Berlin-Marzahn.

»Eine der größten politischen Herausforderungen für Deutschland ist der demographische Wandel. Mit der Bevölkerung altern auch die Wähler.« *Deutschland 2020. Ein Memorandum der jungen Abgeordneten*

»Der Generationenvertrag ist zu den bestehenden Bedingungen nicht mehr erfüllbar.« *Meinhard Miegel, Bild-Zeitung, 29.11.2002*

Heute redet man von einem Verlust von Dynamik, nur weil der Anteil der Älteren steigt. So zu empfinden und daraus auch noch ein Thema von angeblicher politischer Relevanz zu machen lässt tief blicken. In den Reihen unserer Meinungsführer herrscht eine eigenartige Lust auf Hysterie. Oder dient ein solcher dramatisierender Sprachgebrauch nur der Entschuldigung und der Abschiebung von Verantwortung nach dem Motto: Was kann die Politik schon dafür, wenn die Menschen keine Kinder mehr bekommen? Wer sich angesichts von über 4 Millionen Arbeitslosen mit solchen Fragen beschäftigt, der ist unterbeschäftigt oder weiß zumindest nicht, Prioritäten zu setzen.

Etwas anderes ist das Problem, dass junge Menschen aus wirtschaftlich besonders schwachen Regionen wegziehen. Über diese Wanderungsbewegungen muss man sich ernsthaft und viel eher Gedanken machen als über die Anhebung des Altersdurchschnitts der deutschen Bevölkerung insgesamt.

Die angeblich nicht mehr tragbare Last der Alten

Um die Dramatik so richtig anzuschärfen, wird in die Debatte meist das Verhältnis von arbeitsfähiger Generation zur Rentnergeneration eingeführt – der Altenquotient, populär gesagt: die Alterslast. Diese Relation verändere sich dramatisch. Auf 100 Menschen mittleren Alters, also zwischen zwanzig und sechzig Jahren, die man für die arbeitsfähige Generation hält, kommen nach der Prognose des Statistischen Bundesamts im Jahre 2001 44 ältere und im Jahre 2050 78 ältere Menschen im Rentenalter. Man tut so, als ändere sich in diesem langen Zeitraum sonst nichts und als sei eine Berechnung, die sich allein auf die Älteren bezieht, aussagekräftig.

»Wer die Grafiken richtig liest, mit denen das Statistische Bundesamt die Alterung und Bevölkerungsentwicklung unserer Gesellschaft abbildet, weiß, dass uns eine Revolution bevorsteht.« *Frank Schirrmacher: Das Methusalem-Komplott*

Das ist nicht der Fall. Wenn man die Belastung der Arbeitsfähigen korrekt erahnen will, darf man nicht nur die auszuhaltende Rentnergeneration in Rechnung stellen, sondern muss auch miteinbeziehen, wie viele Jugendliche und Kinder zu versorgen sind. Auskunft darüber gibt der sogenannte Jugendquotient. Wenn man die Entwicklung beider Belastungsfaktoren zusammen im Zeitablauf betrachtet, wird selbst unter den für die Prognose angenommenen Bedingungen (also unter der Annahme, dass sich weder Geburtenrate noch Ruhestandseintrittsalter ändert) bis zum Jahr 2050 die Dramatik enorm entschärft (siehe Tabelle 7): Während der Altenquotient um 77 Prozent steigt, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von 37 Prozent.

Die Dramatik hat sich also allein bei Einbeziehung der jungen Generation in die Betrachtung schon halbiert – wenn die Belastung in fast 50 Jahren von 82 auf 112 zu versorgende Personen ansteigt, dann ist das bei weitem nicht so dramatisch wie ein Anstieg von 44 auf 78.

Tabelle 7: Auf 100 Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen ...

| | Ältere | Junge | Gesamt |
|-------------|---------------|--------------|---------------|
| 2001 | 44 | 38 | 82 |
| 2050 | 78 | 34 | 112 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (»mittlere Variante«), Presseexemplar vom 6.6.2003, Wiesbaden 2003.

Auch hier sollte man Werte aus der Vergangenheit gegenüberstellen: 1970 hatten 100

Erwerbsfähige für 60 Junge und 40 Ältere, also für eine Gesamtzahl von 100 zu sorgen. 2050 würde der Anteil nur um 12 Prozent höher liegen – wenn die Prognose des Statistischen Bundesamts eintritt.

Ein späteres Renteneintrittsalter entschärft die Lage noch mehr

Auf fünfzig Jahre betrachtet, ist es etwas eigenartig zu unterstellen, die immer älter werdende Gesellschaft würde in ihrer Mehrheit dann immer noch darauf erpicht sein, mit durchschnittlich sechzig Jahren in Rente zu gehen. In Japan sind 35 Prozent der über fünfundsechzigjährigen Männer berufstätig. Wenn die immer jugendlicher werdenden deutschen Alten im Jahre 2050 durchschnittlich bis zum fünfundsechzigsten Lebensjahr arbeiten würden, würde sich die »Alterslast« hierzulande weiter entschärfen (siehe Tabelle 8). Die Gesamtlast läge dann gerade mal um drei Punkte höher als heute: 85 statt 82.

Tabelle 8: Auf hundert Menschen mittleren Alters kommen ...

| | Ältere | Junge | Gesamt | Definition mittleres Alter |
|-------------|---------------|--------------|---------------|-----------------------------------|
| 2001 | 44 | 38 | 82 | 20 bis unter 60 Jahre |
| 2050 | 55 | 30 | 85 | 20 bis unter 65 Jahre |

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (»mittlere Variante«)*, Presseexemplar vom 6.6.2003, Wiesbaden 2003.

Diese Hinweise sollen kein Plädoyer für die Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters um fünf Jahre sein. Aber die heutige Neigung zur Frühverrentung, die ja zum Teil auch Folge der hohen Arbeitslosigkeit und der Androhung von Arbeitslosigkeit ist, ist nicht gottgegeben. Zu unterstellen, dies würde sich in einem Zeitraum von fast fünfzig Jahren nicht ändern, ist unseriös. Schon wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter nur auf ungefähr zweiundsechzig Jahre ansteige, wäre der Debatte über die unerträglich wachsende Alterslast der Boden entzogen.

Die entscheidende Entlastung und Entspannung des Problems folgt jedoch aus der *Produktivitätsentwicklung*. 1,5 Prozent jährlicher Zuwachs der Arbeitsproduktivität würde reichen, um allen Gruppen – den Arbeitenden, den Jungen und den Alten – auf Jahrzehnte hinaus einen wachsenden Wohlstand zu beschern. 1,5 Prozent, das ist ein Produktivitätszuwachs, der selbst in den wirtschaftlich schlechten neunziger Jahren erreicht worden ist.³⁷ Wenn dieser bescheidene Produktivitätsfortschritt realisiert wird, bedeutet das, dass sich unser reales Bruttoinlandsprodukt, also die Güter und Dienste, die wir produzieren und die uns allen, jung und alt, zur Verfügung stehen, in fünfzig Jahren mehr als verdoppelt. Aufgrund des Produktivitätsfortschritts können also die arbeitenden Personen über mehr Einkommen verfügen und davon einen Anteil für Kinder und Rentner abgeben. So war das immer. Warum sollte es künftig nicht mehr möglich sein?

Der Mathematiker Gerd Bosbach hat berechnet,³⁸ was die Produktivitätssteigerung für einen

Arbeitnehmer bestimmten Einkommens konkret bringt. Er unterstellt dabei nur eine jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität von 1,25 Prozent, wie es auch die sogenannte Herzog-Kommission getan hat. Hier das Ergebnis seiner Berechnungen:

»Erhält heute ein Arbeitnehmer inkl. Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3000 Euro, so zahlt er etwa 600 Euro (20 Prozent) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2400 Euro. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25 Prozent (Herzog-Kommission) würden aus den 3000 Euro inflationsbereinigt 50 Jahre später 5583 !. Bei einer Steigerung des Abgabesatzes für Rentner auf 30 Prozent verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 3908 ! (plus 63 Prozent). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Beitrages auf 40 Prozent Rentenversicherung verblieben dem Arbeitnehmer mit 3350 ! noch 40 Prozent mehr als heute. Von »unbezahlbar« also gar keine Rede, wenn die Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt: Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre, Einsparungen durch die ca. 30 Prozent weniger Kinder und Jugendliche, Abbau der Arbeitslosigkeit. Und angenommen wurde nur die niedrigste der von den Fachleuten prognostizierten Produktivitätssteigerungen!«

Fazit: Die Belastung der arbeitenden Generation ist nicht dramatisch, wenn man die Gesamtlast berechnet und wenn man die absehbare Entwicklung der Produktivität mit einbezieht. Es ist ein Geheimnis der politischen Klasse in Deutschland, warum diese Fakten, insbesondere die entlastenden Perspektiven, ignoriert werden. Warum ist ein großer Teil der Politik und der Wissenschaft und der Publizistik so resistent gegen die Wirklichkeit? Warum setzt man nicht auf die Möglichkeiten der Produktivitätsentwicklung? Warum nehmen die meinungsführenden Kräfte die Veröffentlichungen von Wissenschaftlern wie Gerd Bosbach, Richard Hauser, Hans-Jürgen Krupp und anderen nicht zur Kenntnis? Was steckt dahinter? Entweder ist es mangelnder Durchblick oder das Eingebundensein in Einzelinteressen. Man könnte es auch einfacher sagen: Dummheit oder Korruption.

Die verantwortungslose Anheizung des Generationenkonflikts

Die falsch ausgewählten und falsch interpretierten Daten und die Missachtung entlastender Faktoren werden dazu benutzt, um einen Konflikt zwischen der älteren Generation und der jungen/arbeitenden Generation zu schüren. Man spürt das heute überall. Die junge Generation muss unter dem anhaltenden Trommelfeuer den Eindruck gewinnen, die Älteren lebten auf ihre Kosten. Dieser Eindruck ist durch nichts gerechtfertigt.

Dass es der jüngeren Generation nicht gutgeht, dass sie schlechte Möglichkeiten hat, Arbeit zu finden, dass ihre Berufschancen und ihre Auswahlmöglichkeiten schlechter sind als die

der jungen Generation um 1960 und 1970, das alles ist richtig. Aber richtig ist auch, dass daran nicht die Rentner schuld sind, sondern jene politisch Verantwortlichen, die nicht begriffen haben, dass man eine Ökonomie nicht verdursten lassen darf, dass man sie nicht zwanzig Jahre lang unter den Kapazitäten fahren darf. Die junge Generation sollte sich nicht in einen Konflikt mit ihren Eltern und Großeltern hineintreiben lassen. Sie wäre besser beraten, ihren Zorn gegen die Ideologie der Neoliberalen zu wenden, die uns eine grundfalsche Konjunktur- und Wachstumspolitik eingebrockt haben.

Der Generationenvertrag trägt immer

Eine der gängigen Formeln zum Anheizen des Konflikts ist die Behauptung, der Generationenvertrag trage nicht mehr. Generationenvertrag meint, dass die älter werdende Generation sich darauf verlassen kann, dass die junge dafür sorgt, dass die Älteren zu essen, zu trinken, zu kleiden, zu wohnen etc. haben. Die arbeitende Generation ihrerseits kann sich darauf verlassen – so der Gedanke und auch die Wirklichkeit –, dass die nachwachsende Generation eines Tages die gleiche Leistung für sie erbringt. Ein Freund und Kollege hat es seinem Kind so erklärt: »Ich Sorge heute für deine Oma und deinen Opa, wenn du morgen für mich sorgst.«

Nun wird behauptet, dieser Generationenvertrag gelte nicht mehr beziehungsweise er sei, wie Meinhard Miegel sagt, unter den bestehenden Bedingungen nicht mehr erfüllbar. Was soll das heißen? Sollen die Älteren in die Wüste geschickt werden? Oder in den Wald? Soll mit Euthanasie begonnen werden, um die Lebenszeit der Alten zu begrenzen? Das ist doch wohl nicht die Absicht.

Es ist selbstverständlich, dass die Versorgung der Älteren, also der nicht mehr berufstätigen Rentner und Pensionäre, immer von denen getragen und besorgt wird, die arbeiten. Man begreift dies, wenn man aufhört, in sogenannten monetären Größen, also in Geldkategorien, zu denken und wenn man statt dessen in realen Wirtschaftsgrößen, also in *real terms* denkt. Stellen wir uns die reale Welt der Produktion von Gütern und Dienstleistungen vor: die arbeitende Generation produziert die Güter und leistet Dienste; ein Teil davon – also Pflegedienste oder einfach nur die Versorgung mit Obst, Gemüse, Säften und Fleisch, Computern und Autos – wird abgezweigt für die nicht mehr arbeitende Generation. Ganz gleich, wie sich die Anzahl der Arbeitenden zur Zahl der Älteren verhält, der Generationenvertrag wird immer erfüllt. Es sei denn, man sucht die andere Lösung und lässt die Alten verhungern. Da man dies nicht annehmen kann, ist die Aussage all derer, die das immer wieder sagen und nachsagen, schlicht Nonsens.

Die Behauptung, der Generationenvertrag trage nicht mehr, hat einen ganz anderen Hintergrund. Sie ist Teil einer Stimmungsmache für die Umstellung des Alterssicherungssystems von der gesetzlichen und sozialen Rentenversicherung auf die private Vorsorge, vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren (siehe

Denkfehler Nr. 7, S. 126).

Sollen Kinderlose einen Extrabeitrag zur Rente oder zur Pflegeversicherung bezahlen?

Es ist schwer zu erklären, warum es ein Denkfehler ist, wenn man – wie die CSU, die das inzwischen vehement fordert – meint, es sei gerechtfertigt, dass die Kinderlosen zusätzlich etwas in die Rentenkassen zahlen sollen.

»Singles steigen ohne schlechtes Gewissen ins Grab.« *Hans-Olaf Henkel, 8.5.2003*

Es gibt eine Reihe von Argumenten dagegen: Viele Kinderlose sind nicht freiwillig ohne Nachwuchs. Sie haben keine Kinder, weil sie keine bekommen konnten oder ihnen die Umstände nicht geeignet erschienen. Es ist in einem demokratischen Land immer noch Sache jedes einzelnen zu entscheiden, ob er oder sie Kinder haben wollen oder nicht. Die staatliche Regulierung von Kinderzahlen ist das Charaktermerkmal von Diktaturen. Familien mit Kindern, vor allem solche mit niedrigem Einkommen, haben es schwer. Sie müssen beim Konsum, beim Reisen, beim Ferienmachen und vielem mehr zurückstecken. Man wird diese Sonderbelastung nie ganz ausgleichen können. Man wird es auch nicht ausgleichen wollen, denn auf der anderen Seite sind Kinder eine Bereicherung, die denen abgeht, die keine haben. Dennoch bin ich entschieden dafür, dass die Allgemeinheit, dass wir alle etwas tun, damit Familien wie auch Alleinstehende sich nicht deshalb gegen Kinder entscheiden, weil die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Familie oder eines Elternteils so schlecht sind, dass man meint, sich Kinder nicht leisten zu können. Deshalb ist es richtig, Kindergeld zu zahlen, deshalb ist es richtig, öffentliche Leistungen für Kinderhorte, Kindergärten, Schulen und Hochschulen zur Verfügung zu stellen, deshalb ist es richtig, den öffentlichen Nahverkehr für Kinder zu subventionieren und beispielsweise auch Schwimmbäder preisgünstiger vorzuhalten. Es war wohl auch richtig, ein Erziehungsgeld einzuführen.

Zu den Leistungen, die für Kinder erbracht werden, steuern auch jene Personen bei, die keine Kinder haben: über ihre Steuern, über Abgaben und Gebühren, und auch über Krankenkassenbeiträge, mit denen Alleinstehende oder doppelt verdienende kinderlose Ehepaare andere Familien mit Kindern subventionieren.

Die Vorstellung aber, Kinder würden geboren, um die Renten der Alten zu bezahlen, ist ziemlich abwegig. Deshalb ist nicht einzusehen, weshalb das Kinderhaben mit einer besonderen Entlastung beim Rentenbeitrag oder mit einem Zusatzbetrag der Kinderlosen – was ja eine Entlastung der Kinderreichen bedeutet – belohnt werden sollte. Nach der Logik des Generationenvertrags würden die Kinder, deren Existenz auf diese Weise subventioniert

werden soll, mit ihrer Arbeit als Erwachsene dann aber nur für ihre eigene Rente sorgen. Sie würden nichts für die gerade in der Rente befindlichen Personen leisten, sondern im Vorgriff auf ihre Rente nur für sich arbeiten.

Noch besser kann man sich das klarmachen, wenn man unterstellt, es wäre alles umgestellt auf Privatvorsorge, auf Kapitaldeckung, es gäbe keine Sozialversicherung mehr. Dann würde noch deutlicher, dass die Kinder, wenn sie erwachsen sind und arbeiten, das »Kapital aufbauen«, aus dem ihre spätere Rente bezahlt wird und keine sonst. Das ist genauso wie bei den Kinderlosen (die die CSU zu Sonderbeiträgen heranziehen will): Sie sorgen während ihrer aktiven Zeit für ihre eigene Rente vor. Auf die Idee, dass die kinderreichen Familien hier eine Sonderleistung erbringen würden und sozusagen einen Mehrwert schaffen, kann man nur kommen, wenn man ausblendet, dass die Kinder der Kinderreichen ja auch mal Rentner werden.

Aber die meinungsführende Elite ist faktenresistent. In der *FAZ* vom 15. März 2005 fragte der Mainzer Physikprofessor Ruprecht Jaenicke, ob es »wirklich sinnvoll sei, die Bevölkerung wieder zum Wachstum durch Geburten anzuregen«; er zeigte, wie unsinnig die Vorstellung von einer dem »A« ähnlichen, »idealen« Bevölkerungspyramide ist; mit ähnlichen Argumenten wie im Text des Denkfehlers Nr. 6 beschrieb er, dass die arbeitende Generation natürlich auch für die junge Generation zu sorgen hat. Aber auch dieser Blattschuss für den Herausgeber der *FAZ*, Frank Schirmacher, verhallte nahezu ungehört. Das »demographische Probelem« muss weiter ungerührt dafür herhalten, um jedwede Reform zu begründen und das Versagen unseres Volkes auszumalen: Die Forderung nach mehr Kindern, die Ächtung der Kinderlosen und Singles, die Werbung für die Privatvorsorge – die Agitation geht weiter. Die Matadore begründen nichts, sie bestätigen sich gegenseitig. Das reicht offenbar in den Kreisen dieser dumpfen Eliten. Der Begriff »Kollektiver Wahn« trifft den Sachverhalt. Aber ist es nur ein Wahn? Für manche nicht. Denn hinter dieser Agitation stecken Milliarden – nicht Menschen, sondern Euro und Dollar.

Denkfehler 7:

»Jetzt hilft nur noch private Vorsorge.«

Variationen zum Thema:

- »Das Umlageverfahren funktioniert nicht mehr.«
- »Beim Kapitaldeckungsverfahren, also der privaten Altersvorsorge, arbeitet das eingezahlte Kapital.«
- »Es wird eben nicht wie beim Umlageverfahren gleich wieder ausgegeben.«

Eine clevere Strategie – die Zerstörung des Vertrauens in die »staatliche Rente«

Angenommen, Sie hätten ein Unternehmen mit einem Umsatz von 67 Milliarden Euro – etwas groß, zugegeben, aber es kommt hier nur auf die Relationen an. Und angenommen,

Sie hätten einen noch größeren Konkurrenten, der 156 Milliarden Euro umsetzt. Und nun hätten Sie die Chance, die Umsatzzuwächse des Konkurrenten und darüber hinaus noch ein paar Milliarden von seiner Substanz auf sich umzulenken; vielleicht fürs erste gute 10 Prozent seines Umsatzes. Und alles, was Sie dafür tun müssten, um auf Anhieb Ihren Umsatz um 15 Milliarden, also um ein knappes Viertel, aufzustocken, ist etwas Eigenwerbung und die Verbreitung des Gerüchts, der Konkurrent sei ein Auslaufmodell. Das wäre doch was ... Bei einem erwarteten Umsatzplus von 15 Milliarden wären die 20, 30 oder auch 100 Millionen, die Sie für Zeitungsanzeigen und eine großangelegte PR-Arbeit unter Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten investieren müssten, lächerlich wenig. Peanuts sozusagen.

Dieses Märchen ist Wirklichkeit. Nicht für Sie und nicht für mich. Aber für die Lebensversicherungsbranche (deren Einnahmen aus den Versicherungsprämien betragen ungefähr 67 Milliarden Euro) und für die Banken, die am Transfer und an der Anlage des Geldes verdienen. Sie tun viel dafür, um das Märchen in klingende Münze umzusetzen. Wie die entsprechende Werbearbeit aussieht, zeigt ein Zitat aus dem Brief eines Vorstandmitglieds der Dresdner Bank, veröffentlicht per Zeitungsanzeige:

»Sehr geehrte Damen und Herren,
angesichts des demographischen Wandels – immer mehr älter werdende Menschen stehen immer weniger jungen Bürgern gegenüber – machen sich viele Sparer Gedanken über ihre finanzielle Sicherheit im Alter. Es zeichnet sich ab, dass die staatliche Rentenversicherung den Versicherten in Zukunft nicht mehr das gewohnte Leistungsniveau bieten kann. Deshalb wächst der privaten Altersvorsorge eine immer größere Bedeutung zu.«

Und weil das so sei, wirbt die Dresdner Bank im konkreten Fall für Wertpapierfonds. Aber auch »Ihre deutschen Lebensversicherungen« werben in einem wahren Bombardement von Briefen, Telefonaten und in teuren Anzeigen für die private Vorsorge durch Abschluss einer Lebensversicherung, wörtlich:

»Was bei der gesetzlichen Rente später für Sie rausspringt, kann Ihnen keiner sagen (...) Eine Lebensversicherung hält, was sie verspricht. Ein Leben lang.«

Diese Zitate stammen aus dem Jahr 1999. Schon den Bundestagswahlkampf 1998 begleiteten die Lebensversicherer mit einer Flut von ganzseitigen Anzeigen, in denen sie für die private Vorsorge Werbung machten. Das tun sie bis heute, wobei Lebensversicherer und private Krankenkassen an einem Strang ziehen und auch die gleichen Argumente verwenden. Im Juni 2003 hieß es in einer von vielen ganzseitigen Anzeigen der privaten

Krankenversicherer:

»Ach du Schreck, alles weg ...

Gesundheitsreform JA. Von der Hand in den Mund NEIN. – Eine älter werdende Gesellschaft braucht immer mehr Gesundheitsleistungen. In der Umlagefinanzierung der gesetzlichen Krankenkassen werden die eingezahlten Beiträge sofort wieder für Leistungen ausgegeben. Das Ergebnis: leere Kassen und eine Finanzierung, die keine Vorsorge für unsere Zukunft bildet – eine Belastung, die unsere Kinder später tragen müssen.

Generationengerechtigkeit: Das bessere Konzept heißt Kapitaldeckung.«

Die Banken, die Lebensversicherer und die privaten Krankenversicherungen können ihre Kampagne zur Störung des Vertrauens in die klassische Rentenversicherung und in die gesetzlichen Krankenkassen auf einen breiten Verbund von Stimmungsverstärkern in Wissenschaft und Politik, in Talkshows, Zeitungen und Zeitschriften stützen. Vor allem in der Regierung Kohl hatten sie eine große politische Hilfe. Diese hat, gewollt oder ungewollt, nach der Einheit einen großen Teil der Sozialversicherungsleistungen für die Menschen in den neuen Bundesländern den Beitragszahlern aufgebürdet. Das sind die versicherungsfremden³⁹ Leistungen, die die Beiträge um rund 3,5 Prozentpunkte steigerten und so den Erosionsprozess erst richtig in Gang brachten, der das Vertrauen in die staatliche Rente mittlerweile stark beschädigt hat.

Der *Spiegel*, bei diesem Thema schon lange an vorderer Front, forcierte die Kampagne immer wieder; schon am 30. August 1999 hieß es in einer Titelgeschichte: »Weil Deutschland vergreist, wird die Rentenversicherung unbezahlbar ...« Und im Oktober 1999 fasste der *Spiegel*⁴⁰ die Kernbotschaft so zusammen:

»Letztlich geht es in der neu entfachten Debatte um eine Grundsatzfrage. Alle Parteien haben erkannt, dass die staatliche Rente allein künftig nicht mehr ausreichen wird. Das Umlageverfahren, das die Beiträge der aktiven Arbeitnehmer direkt an die derzeitige Rentnergeneration weiterreicht, bedarf der Ergänzung durch eine kapitalgedeckte Altersvorsorge (...)

Das klingt schlüssig und logisch. Aber logisch ist die Behauptung, unser demographisches Problem – soweit wir eines haben – sei dadurch zu lösen, dass die gesetzliche Rentenversicherung – und analog die gesetzliche Krankenversicherung – durch ein privates Bein ergänzt beziehungsweise ersetzt wird, allein für die Versicherungswirtschaft, die Banken und die mit ihnen verbundenen Interessen. Sie gewinnen, wenn die soziale

Alterssicherung in Richtung Grundsicherung gedrückt und alles Zusätzliche in Lebensversicherungen oder in Wertpapierfonds gelenkt wird – oder wenn die privaten Krankenkassen ihre Marktanteile in großen Schritten ausdehnen.

Was ist was: Umlage oder Kapitaldeckung?

Die Beiträge der Arbeitenden werden beim *Umlageverfahren* von den Rentenversicherungsträgern eingesammelt und an die Rentner ausgezahlt. Die Beitragszahlenden erwerben dabei einen Anspruch auf eigene spätere Rente.

Beim *Kapitaldeckungsverfahren* sollen die Beiträge (Prämien) der privat Versicherten als Kapital gesammelt und angelegt werden. Nach Fälligkeit des Versicherungsvertrags werden dann Kapitalstock und Rendite zusammen dem jeweiligen Versicherten als private Rente ausbezahlt.

Weder für uns Bürger noch für die Politiker ist die Behauptung schlüssig, der Generationenvertrag der Rentenversicherung trage angesichts der demographischen Veränderungen nicht mehr und das Problem sei nur mit Hilfe privater Vorsorge zu lösen. Es *klings* nur schlüssig, und deshalb teilen diesen Glauben viele, die sich mit dem Thema beschäftigt haben oder einfach nur Opfer der penetranten Werbung sind. In Wahrheit ist die Behauptung aber grundfalsch – und hat auch schon zu einer Reihe höchst problematischer politischer Entscheidungen geführt.

So oder so – die Jungen müssen für die Alten aufkommen

Die Umstellung des Finanzierungsverfahrens auf das Kapitaldeckungsverfahren ändert nichts daran, dass die Jungen für die Alten aufkommen müssen. Es sei denn, man unterstellt, durch die Einführung der »Riesterrente« oder anderer Modelle der privaten Vorsorge würden erkennbar mehr Kinder geboren. Theoretisch könnte es ja sein, dass sich Väter und Mütter über die versprochene hohe Rendite so freuen, dass sie mehr Kinder zeugen und bekommen.

Im Ernst: Die Hoffnung, die hierzulande mit der Riesterrente und anderen Systemen privater Altersvorsorge verbunden wird, gründet vor allem darauf, dass der Glaube an die Wirksamkeit dieser Umstellung nun schon seit Jahren in die Köpfe und Herzen gehämmert wird – mit allen denkbaren Methoden und viel Geld. Aber was so schlüssig zu sein scheint, hat ein paar Schönheitsfehler:

- Die Aussage, beim bisherigen Umlageverfahren würde nichts angespart, die eingezahlten Beiträge würden sofort wieder für Leistungen ausgegeben, ist in der Regel sogar richtig. Das ist das logische Prinzip dieses Umlageverfahrens. Allerdings ist der daraus gezogene Schluss, dieses Verfahren gehe zu Lasten unserer Kinder, nicht richtig.

- Die Aussage, beim Kapitaldeckungsverfahren könnten die eingezahlten Beiträge als Kapital arbeiten, ist ungemein eingängig. Aber das stimmt nicht, wenn man genauer hinschaut, und schon gar nicht gilt diese Behauptung, wenn man den gesamtwirtschaftlichen Effekt einbezieht.

Was sind nun aber die in diesen beiden Aussagen eingebauten Denkfehler? Um diesen Parolen auf den Grund zu gehen und die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Vorgänge besser zu verstehen, ist es nützlich, wenn wir die Welt unserer Wirtschaft nicht in Kategorien von Geld- und Finanzströmen zu begreifen versuchen, sondern in Güterströmen, den sogenannten *real terms*. Wir stellen fest: Heute haben 100 arbeitsfähige Personen für 44 Ältere zu sorgen, im Jahre 2050 werden sie für 78 Ältere zu sorgen haben. Und wir fragen: Ändert die Umstellung auf ein anderes Finanzierungsverfahren etwas an dieser realen Relation von jung und alt? Wie soll das gehen? Das ist unwahrscheinlich. Auch bei Anwendung des Kapitaldeckungsverfahrens bleibt es real beim gleichen Verhältnis von Arbeitsfähigen zu Rentnern (siehe Denkfehler Nr. 6, S. 115).

Auch die Qualifikation der dann Arbeitenden und damit ihre Produktivität – ein anderer wichtiger Faktor zur Bewältigung der »Alterslast« – ist nicht davon abhängig, ob das Umlageverfahren oder das Kapitaldeckungsverfahren angewandt wird.

Unabhängig vom gewählten Verfahren geht es immer um Realtransfers unter den jeweils Lebenden. Die Aktiven müssen auf Konsum verzichten. Sie tun das im Umlageverfahren durch Zwangssparen in Form von Beiträgen und Steuern, im Kapitaldeckungsverfahren durch Sparen und Kauf von Vermögenswerten.

Die Erkenntnis, dass sich mit der Umstellung des Finanzierungsverfahrens nichts an der realen Situation und der realen Belastung verändert, nennt man nach dem Nationalökonom Gerhart Mackenroth das »Mackenroth-Theorem«. Die Befürworter des Kapitaldeckungsverfahrens und der privaten Vorsorge bekämpfen das Mackenroth-Theorem, als wäre es der Leibhaftige persönlich. Dazu eine kleine Geschichte:

Der Mannheimer Ökonomieprofessor Axel Börsch-Supan, von Haus aus Mathematiker und eigentlich ein intelligenter Zeitgenosse, war mir schon vor mehreren Jahren bei einem Dialog im Rahmen der Evangelischen Akademie der Pfalz durch seine dezidierte und logisch nicht nachvollziehbare Abweisung des Umlageverfahrens aufgefallen. Das Rätsel klärte sich, als der Professor in Mannheim – im Zusammenhang mit der Universität – ein Institut mit Namen MEA eingerichtet bekam (»Mannheim Research Institute for the Economics of Aging«, zu deutsch: Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel), finanziert vom Land Baden-Württemberg und der deutschen Versicherungswirtschaft. Dieses Institut fertigt Gutachten, unter anderem für Versicherungen und Banken. Solche Institute sind lukrative Nebenjobs für unsere Professoren.

Bei der Jahrestagung seines Instituts im November 2003 hielt Börsch-Supan die Eröffnungsrede, in der er es als »Hauptbeitrag des MEA« bezeichnete, »Denkdisziplin« in die Debatte zu bringen: »Denkdisziplin, die zum Beispiel die sogenannte Mackenroth-These in der Form »es kommt nicht auf die Finanzierungsweise der Sozialversicherung an, da jede aus dem laufenden Bruttosozialprodukt geschöpft werden muss« als falsch entlarvt.« Als ich mich bei MEA nach diesem »Hauptbeitrag« erkundigte, bekam ich den Hinweis auf eine in der Sprache der Mathematik verfasste Dissertation von 1988. Damals gab es das Institut noch nicht, und die Entlarvung des Mackenroth-Theorems als »Hauptbeitrag« des MEA zur »Denkdisziplin« gibt es auch nicht. Übrigens auch nicht in der Dissertation von 1988, wie mir mathematisch versierte Kollegen versichern. Aber solange niemand kritisch nachfragt, bleibt die Behauptung wahr, und sie wird immer wahrer, je mehr sie unhinterfragt wiederholt und verbreitet werden kann. So verhält es sich mit der Behauptung, das Umlageverfahren funktioniere nicht mehr und das Kapitaldeckungsverfahren sei die Lösung.

Dem Fehlschluss, das Kapitaldeckungsverfahren sei die Lösung, kann man noch mit einer anderen Erwägung auf die Schliche kommen: Auch die Befürworter des Kapitaldeckungsverfahrens denken und sprechen bei der Darstellung des für sie so gewichtigen Alterungsproblems zunächst in realen Größen. Sie sagen beispielsweise: Die Alterslast wächst von 44 auf 78, und sie bedienen sich damit einer gesamtwirtschaftlichen Argumentation. Sie denken und sagen, die Last werde für die junge, arbeitende Generation nicht mehr tragbar, und deshalb müsste die jetzige Generation zusätzlich Kapital sammeln – und auch dies ist eine gesamtwirtschaftliche Argumentation. Dann jedoch springen diese Befürworter der privaten Vorsorge um auf eine einzelwirtschaftliche Betrachtung und noch dazu auf eine sogenannte Partialanalyse, wie wir Ökonomen sagen. Konkret heißt das: Sie betrachten einen einzelnen jungen arbeitenden Menschen, der privat vorsorgt und zum Beispiel in die Riesterrente einzahlt, und schließen aus dieser Beobachtung, da werde Kapital angesammelt und dieses arbeite, bringe Zinsen und stehe dann in zwanzig, dreißig oder vierzig Jahren noch für die Rente dieses ehemals jungen Menschen zur Verfügung. Wenn wir aber gesamtwirtschaftlich denken und dabei beachten, was sich ändern könnte, wenn einer beschließt, Geld für die private Vorsorge zu zahlen, und welche Konsequenzen die Entscheidung des jungen Arbeitenden haben könnte, dann kommen wir möglicherweise zu einer ganz anderen Bewertung. Das hat verschiedene Gründe:

- *Erstens*: Woher nimmt der junge Mensch das Geld für die monatlichen Zahlungen? Er könnte mehr sparen, wenn er das Geld für sich und seine Familie nicht braucht – dann

würde er die volkswirtschaftliche Sparquote nach oben zu schieben helfen. Er könnte auf andere Formen des Sparens verzichten, also ein Sparkonto auflösen, Aktien verkaufen, was auch immer. Er könnte auch Schulden machen, um die Riesterrente zu bezahlen.

Nur im ersten Fall ergibt sich ein Kapitalzuwachs. Dieser Fall dürfte aber heute selten sein, was man übrigens schon daran sieht, welche geringen Ergebnisse die Riesterrente zeitigt. Viele Menschen haben einfach kein Geld für Privatvorsorge.

- *Zweitens*: Was machen die Lebensversicherungen und die Pensionsfonds mit dem Geld? Sie – wie übrigens auch die privaten Krankenkassen – geben ganz selbstverständlich einen Teil für die laufenden Auszahlungen aus. Innerhalb ihrer Konzerne praktizieren sie ganz selbstverständlich Elemente des Umlageverfahrens. Gesamtwirtschaftlich betrachtet hat die Umstellung des Finanzierungssystems vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren auch deshalb keine begründete Auswirkung. Selbst wenn die Versicherungskonzerne Kapital ansammeln und investieren, ist das volkswirtschaftlich betrachtet vermutlich kein zusätzliches Kapital, sondern es wurde, wie zuvor beschrieben, anderswo abgezogen.

Wichtig ist auch hier die volkswirtschaftliche Betrachtung: Die von der Umstellung erwartete Vorsorge für die Zukunft und die damit verbundene Entlastung der jungen Generation treten nur dann ein, wenn die Sparquote unserer Volkswirtschaft und jedes Bürgers auf diese Weise erhöht wird, so dass jetzt Investitionen im voraus gemacht werden, von denen man später zehren kann. Oder wenn Vermögen im Ausland aufgebaut wird, auf das man dann zurückgreifen kann, wenn die angeblich zu vielen Alten versorgt werden müssen.

Betrachtet man die einschlägigen gesamtwirtschaftlichen Werte, so erkennt man, dass nahezu alle Erwägungen zur Umstellung vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren falsch sind:

- Wir haben keine Sparprobleme. Deutschland hat eine hohe Sparquote von über 10 Prozent des verfügbaren Einkommens, das heißt, wir alle zusammen sorgen ganz schön vor für künftige Generationen.
- Wir bauen sogar Vermögen gegenüber dem Ausland auf – von 1960 bis 2002 um 231 Milliarden Euro. Großbritannien hat im gleichen Zeitraum seine Vermögensposition um 331 Milliarden abgebaut, die USA um 2963 Milliarden.
- Wir bauen Infrastruktur für die jetzige und die künftigen Generationen (siehe dazu Denkfehler Nr. 10 und 11, S. 157 und 161). Allerdings haben wir in diesem Bereich, vor allem bei den öffentlichen Investitionen, in letzter Zeit nachgelassen – sinnigerweise ausgerechnet deshalb, weil gespart werden sollte, um der jungen Generation keine allzu große Schuldenlast zu hinterlassen. Aber dieser Sparversuch ist nach hinten losgegangen

(siehe Denkfehler Nr. 31, S. 305).

Welches Modell arbeitet produktiver?

Bei einem gesamtwirtschaftlichen und realen Vergleich der beiden Modelle müssen wir fragen: Welches Modell arbeitet produktiver?

- Die Verwaltungskosten des Umlageverfahrens liegen bei etwa 4 Prozent des umgesetzten Betrages an Beiträgen und Zuschüssen einerseits und der ausgezahlten Renten andererseits. Die Verwaltungskosten der privaten Lebensversicherungen liegen – wie im Falle der Riesterrente – bei etwa 10 Prozent. Real betrachtet: Auf der einen Seite zählen die Angestellten der Bundesversicherungsanstalt und der Landesversicherungsanstalten, ihre Gebäude und sonstiger Sachaufwand, auf der anderen Seite die Vorstände und Angestellten der Versicherungskonzerne, ihr Sachaufwand und ihre unzähligen Agenturen und Vertretungen und die vielen Menschen und Anlagen, die für die Werbung und das Marketing arbeiten.⁴¹ Ganzseitige Anzeigen der Landesversicherungsanstalten gibt es bisher nicht oder nur sehr selten. Ebenso wenig gibt es Erfolgsprämien für abgeschlossene Versicherungsverträge.

Der Anteil von 10 Prozent Verwaltungskosten liegt zwar schon 2,5mal höher als die Kosten des Umlageverfahrens, ist aber vermutlich immer noch zu niedrig geschätzt. Das Kapitaldeckungsverfahren wird uns riesige Summen kosten. Im Falle Chiles lagen 1998 die »Kommissionen«, die dort auf eingezahlte Gelder zur privaten Vorsorge erhoben werden, bei 18 Prozent.⁴²

Die Kosten für Betrieb und Vertrieb des Kapitaldeckungsverfahrens – real ausgedrückt: für die vielen Menschen und Apparate, die für die Verwaltung und den Vertrieb arbeiten – müssen vom eingezahlten Kapital abgezogen werden. Ganz entgegen den Vorstellungen der Neoliberalen hat der Wettbewerb in Chile eine unproduktive Bürokratie erzeugt. In Großbritannien sind die Verwaltungskosten des privaten Vorsorgesystems sogar noch höher als in Chile; bis zu 40 Prozent der eingezahlten Gelder gehen dort für Verwaltung und Vertrieb drauf. Wenn erst einmal 18 oder 40 Prozent weg sind, muss die Rendite schon sehr hoch sein, um diesen Kostenaufwand wieder auszugleichen.

»Mit der Riesterrente wurde hier eine psychologisch wichtige Hürde hin zur verstärkten Eigenvorsorge jeder Generation durch Kapitaldeckung genommen. (...) Aber die Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch private Vorsorge muss weiter vorangetrieben werden.« *Deutschland 2020. Ein Memorandum der jungen Abgeordneten*

»In Deutschland stammen nur 15 Prozent der Alterseinkommen aus der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. In anderen Ländern dagegen ist es oft die Hälfte. Hier muss die staatliche Förderung dieser Formen der Altersvorsorge wesentlich verbessert werden.«

CDU: Reform der sozialen Sicherungssysteme, 16.10.2003

Die Privatvorsorge, die in Deutschland mit der Behauptung propagiert worden ist, sie rentiere sich um vieles mehr als die gesetzliche Rente, wurde zu einer Förderrente umgemodelt.

Wieso aber braucht eine angeblich so rentable Privatvorsorge, die über 10 Prozent Rendite bringen soll, die Unterstützung des Steuerzahlers? Und das in Zeiten, in denen lautstark der Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen verlangt wird?

Damit nicht genug, braucht die private Altersvorsorge nach Meinung mancher ihrer

Verfechter nun auch noch den Anschlusszwang, die Verpflichtung! Im Klartext:

Privatvorsorge als Zwangsversicherung. Das ist eine feine Marktwirtschaft. Man privatisiert die Altersvorsorge und verhängt dann einen Zwang?!

»Die Bürger sollten lediglich verpflichtet werden, sich privat zu versichern –

Versicherungspflicht statt Zwangskassen.« *Guido Westerwelle, Wirtschaftswoche,*

13.11.2003)

Zu einem ehrlichen Vergleich der beiden Systeme gehören noch einige andere Fakten:

- Die Behauptung, private Altersvorsorge erbrächte hohe Renditen, weil ja angeblich Kapital arbeitet, stammt aus der Zeit der Spekulationsblasen auf den Aktienmärkten. Damals wurden 10,5 und sogar 11,5 Prozent Rendite versprochen. Inzwischen sind die Blasen geplatzt. Die *Zeit* schrieb im Oktober 2003: »Mehr als 100 Milliarden Euro haben die Versicherer in den vergangenen drei Jahren an der Börse verbrannt.«⁴³ Experten gehen davon aus, dass die Renditen bis auf die Mindestverzinsung absinken könnten, wenn die Branchenschwäche anhält. Diese Mindestverzinsung (Garantiezins) ist von 4 Prozent im Jahr 2000 auf 2,75 Prozent ab 2004 abgesenkt worden.
- Zumindest ein Versicherungskonzern in Deutschland ist schon in die Knie gegangen. Die Mannheimer Lebensversicherung hat 2003 das Neugeschäft eingestellt und wurde zum ersten Fall für die Branchen-Auffanggesellschaft Protektor.
- Speziell für die Versicherungswirtschaft wurde zur Erleichterung ihrer Verluste eine steuerliche Verrechnungsmöglichkeit geschaffen, von der sie sich einen Steuernachlass von 5 Milliarden Euro verspricht.
- Das Risiko, dass die Altersversorgung der Menschen Spekulationen an den Finanzmärkten geopfert wird, ist hoch. Millionen Menschen in Südamerika und Osteuropa, in den USA und Großbritannien haben auf diese Weise schon große Teile ihrer Altersvorsorge eingebüßt: »Gerade mit dieser privaten und betrieblichen Vorsorge haben die Briten aber in jüngster Zeit einen katastrophalen Einbruch erlebt. Drei Jahre sinkender Börsenkurse und

niedriger Zinssätze haben den Wert des nicht-staatlichen Rentenvolumens drastisch gesenkt«, berichtete die *Frankfurter Rundschau* am 10. März 2004. In derselben Woche wurde in Berlin eine Rentenreform verabschiedet mit der klaren Zielsetzung, noch mehr Menschen in die private Vorsorge zu drängen. Ein solches System kann nicht im Sinne der Bürger sein. Das wussten die chilenischen Militärs übrigens schon im Jahre 1981: Für das Militär und die Polizei blieb es beim alten staatlichen Altersversorgungssystem. Sie mussten und wollten nicht in die so »lukrative« Privatvorsorge.

- Das Risiko von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit trifft beide Systeme in ähnlicher Weise. In Argentinien zum Beispiel sind die privaten Vorsorgen durch die Krise entwertet worden. Da grenzt es an Zynismus, wenn die Umstellung auf das Kapitaldeckungsverfahren auch mit der wirtschaftlichen Stagnation begründet wird.
- Das unüberschaubare Angebot zur privaten Altersvorsorge verunsichert und überfordert viele Menschen. Auch das kann man am Misserfolg der Riesterrete schon ablesen. Die Menschen werden zum Spielball von Drückerkolonnen und Anlageberatern gemacht.
- Einkommensschwache Schichten werden nicht mehr versorgt. Die private Vorsorge wirft sie aus dem System raus. Sie werden noch stärker als heute zu potentiellen Sozialhilfeempfängern.
- Die propagierte Änderung des Finanzierungssystems ändert nichts an der speziellen Last der jungen Generation, die gern gegen das soziale Rentenversicherungssystem in Front gebracht wird. Ihretwegen hält man die Beiträge unter 20 Prozent fest, angeblich weil mehr nicht zu vermitteln sei. (Wie sinnvoll oder sinnlos das Ziel der Beitragsstabilität ist, dazu siehe Denkfehler Nr. 23, S. 251.) Gleichzeitig sollen die jungen Menschen aber zusätzlich bis zu 4 Prozent ihres Einkommens für ihr Alter privat anlegen. Offenbar spekuliert man darauf, die Jüngeren seien unfähig, 20 und 4 zusammenzuzählen. Diese Spekulation könnte aufgehen. Denn jene Jüngeren, die gegenwärtig zusätzlich zur gesetzlichen Altersvorsorge so eifrig Lebensversicherungen abschließen, haben möglicherweise nicht verstanden, dass sie dadurch nicht aus der Verpflichtung des Generationenvertrags entlassen werden: Sie werden weiterhin Beiträge oder Steuern für die Versorgung der Rentnergeneration zu zahlen haben.

»Die zweite Säule der Altersvorsorge ist im Aufbau. Und damit ist die Gerechtigkeit zwischen den Generationen gewahrt.« *Gerhard Schröder, 8.11.2002*

Es ist Augenwischerei, zu behaupten, die arbeitende Generation würde durch die private Altersvorsorge entlastet. Entlastungsmöglichkeiten gibt es vielmehr:

- *Erstens*, indem man künftig von den 5 bis 7 Millionen Arbeitsfähigen, die heute ohne Arbeit

sind, mehr in Arbeit bringt.

- *Zweitens*, indem man die Ansprüche der Rentner, also das, was für sie vom Sozialprodukt abgezweigt wird, geringer als vorgesehen wachsen lässt. Aber darüber kann man in Ruhe entscheiden, wenn sich dies als notwendig erweist. Die Hyperaktivität, mit der heute für das Jahr 2020 oder gar für das Jahr 2050 »vorgesorgt« wird, ist rational nicht zu erklären. Sie ist vermutlich nichts weiter als Werbung für die Versicherungswirtschaft.
- *Drittens*, indem man alles tut, um die volkswirtschaftliche Produktivität zu steigern. Wenn so die Gesamtleistung der Arbeitenden – das Sozialprodukt – kräftig steigt, tut es ihnen nicht weh, einen fairen Teil davon für die wachsende Zahl der Rentner abzuzweigen. Es bleibt dann immer noch ein Wohlstandszuwachs für die Arbeitenden.

Über diese und andere Entlastungsmöglichkeiten kann man sprechen. Man sollte es unbedingt tun, wenn sich die junge Generation übervorteilt fühlt. Aber man sollte aufhören, das bisherige System grundlos madig zu machen.

Das Umlageverfahren ist besser als sein Ruf

Wenn es das Umlageverfahren nicht schon gäbe, müsste man es erfinden. Es ist preiswert, es arbeitet einfach, es ist den meisten Menschen zugänglich und für sie verstehbar. Es wäre das beste für unser Land und für die Mehrheit der Menschen, wenn wir zu diesem Verfahren zurückkehren würden. Das wäre auch gut für unsere Volkswirtschaft, weil wir ihr einen aufgeblasenen, ressourcenverzehrenden Sektor Altersversorgung ersparen, der – wie in den USA oder Großbritannien – mit dazu beiträgt den Dienstleistungssektor aufzublasen. Genau diese Vergrößerung des Dienstleistungsbereichs wollen uns die besonders Schlaunen unter den Reformern als modern verkaufen (siehe Denkfehler Nr. 4, S. 97). Doch was sie nicht begriffen haben, ist, wie unproduktiv ein aufgeblasener Wirtschaftszweig ist.

Es ist sachlich nicht erklärbar, dass man in Deutschland nach den ersten Erfahrungen mit der Riesterrente, die 2001 mit dem Versprechen eingeführt worden war, jetzt sei für dreißig Jahre Ruhe, auf dem gleichen Weg fortfahren kann. Es ist nicht erklärbar, dass die verantwortliche Ministerin vor dem Deutschen Bundestag explizit für private Vorsorge wirbt und sich damit sozusagen als oberste Werbeinstanz für die Versicherungswirtschaft hergibt. Die Finanzindustrie will den Durchbruch für ihre Produkte erzielen, indem sie das Vertrauen in die gesetzliche Rente untergräbt. Millionen Menschen brauchen diese Rente aber noch, sie brauchen auch die Bereitschaft der Beitragszahler, weiterhin ihren Obolus zu entrichten. In diesem Kontext darf ein verantwortlicher Politiker nichts tun und sagen, was das Vertrauen weiter zerstört. Der chilenische Präsident Lagos empfahl bei einem Besuch in Berlin dringend, die chilenische Erfahrung in Deutschland zu bedenken: Der chilenische Staat muss die Privatvorsorgesysteme mit Steuergeldern nachfinanzieren, um die Altersarmut in Grenzen zu halten.⁴⁴ Es gibt keinen Grund, das Umlageverfahren und die gesetzliche

Rentenversicherung der Erosion preiszugeben, wie das zur Zeit geschieht.

Warum passiert das dennoch? Warum wird in einer nahezu gleichgeschalteten Öffentlichkeit die immer gleiche Botschaft verkündet: »Jetzt hilft nur noch die private Vorsorge, die staatliche Rente bringt es nicht mehr«? Die Erklärung ist einfach und in der modernen Mediengesellschaft auch schlüssig: Den organisierten Wirtschaftsinteressen, der Finanzindustrie, den Banken und Versicherungen ist es gelungen, mit einer professionellen Strategie das Nachdenken über die Frage der besten Altersvorsorge nahezu total zu bestimmen. Das konnte nur gelingen, weil in einer großen PR-Aktion sowohl die entscheidenden Teile der Wissenschaft wie auch der Publizistik »gekeilt« wurden.